



Industriestandort Mittel- deutschland weiterentwickeln: Modern, Innovativ, Wettbewerbsfähig!

Positionspapier zum Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

www.halle.ihk.de



Strukturbruch abwenden – den Standort gemeinsam weiterentwickeln!

Der Braunkohleausstieg ist beschlossene Sache. Unserer Region stehen damit tiefgreifende Veränderungen bevor. Als IHK setzen wir uns dafür ein, dass die politische Entscheidung zur Braunkohle der heimischen Wirtschaft kein massives Strukturproblem beschert.

Der Industriestandort Mitteldeutschland muss sich auch zukünftig weiterentwickeln können.

Dafür werden Zeit, viel Geld und vor allem gute Ideen gebraucht. Eine Strategie ist unverzichtbar, damit die zugesagten Fördermilliarden nicht wirkungslos versickern. Es braucht Prioritäten, verlässliche Kriterien und Maßstäbe für die Verteilung der zugesagten Fördermilliarden, damit klar ist, wer wann wofür wieviel Geld bekommen kann.

Im Auftrag und Interesse der Unternehmerschaft haben die Gremien der IHK Leitlinien erarbeitet. Unser „Positionspapier zum Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier“ umfasst neun Forderungen für zentrale politische Weichenstellungen. Die Vollversammlung hat das Papier am 28. Juni 2019 beschlossen.

Der Entstehungsprozess dieser Leitlinien steht dabei beispielhaft für die gelebte Interessenvertretung in der IHK: Der Industrienausschuss und der Energiepolitische Arbeitskreis haben eine Empfehlung erarbeitet, die auch auf der IHK-Homepage veröffentlicht wurde. So konnten sich alle IHK-Mitglieder mit ihren Anregungen einbringen. Diese wurden ausgewertet und sind in die Beschlussempfehlung für die Vollversammlung eingeflossen.

Mit diesem Positionspapier haben wir nun eine geeignete Grundlage, um mit der Politik auf eine Lösung hinzuarbeiten.



Prof. Dr. Steffen Keitel
Präsident



Prof. Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer

Grundsätzliches

Der Klimawandel und die Begrenzung des CO₂-Ausstoßes sind globale Herausforderungen. Zu einer weltweit spürbaren Verringerung der CO₂-Emissionen wird die Erfüllung der deutschen Klimaschutzziele kaum beitragen, denn die CO₂-Emissionen in Deutschland haben aktuell nur einen Anteil von etwas mehr als zwei Prozent an den weltweiten CO₂-Emissionen. Unabhängig davon ist Umweltschutz – zu dem eine spürbare Reduzierung von CO₂-Emissionen gehört – eine grundsätzliche Aufgabe, der sich auch die Wirtschaft verpflichtet fühlt. Die Bundesrepublik will ihre Klimaschutzziele unter anderem durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung erreichen und damit die CO₂-Emissionen weiter deutlich reduzieren. Damit verbunden ist die Einstellung des Braunkohleabbaus im Rheinischen, Lausitzer und Mitteldeutschen Revier.

Die dazu von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat in ihrem Abschlussbericht¹ ein umfangreiches Maßnahmenpaket empfohlen, um stufenweise bis 2038 aus der Verstromung von Braun- und Steinkohle auszusteigen. Gleichzeitig soll eine hohe Versorgungssicherheit für Wirtschaft und Bevölkerung mit Strom sowie eine Dämpfung des zu erwartenden Preisanstiegs für Strom erreicht werden. Für die von diesen Maßnahmen betroffenen Braunkohlereviere soll der damit verbundene politisch induzierte Strukturwandel durch zusätzliche Investitionen und regulatorische Sonderregelungen wirksam unterstützt werden.



Quellen: CO₂: Internationale Energieagentur, eigene Berechnungen; Umfragedaten: „Mehr Industrie wagen“ – Studie der IHK Halle-Dessau zur Akzeptanz von Industrieunternehmen, Mai 2017

Nach zum Teil drastischen Strukturbrüchen und einer faktischen Deindustrialisierung zu Beginn der 90er Jahre ist durch Milliarden-Investitionen deutscher und internationaler Unternehmen, unterstützt durch umfangreiche öffentliche Förderung, wieder eine in weiten Teilen wettbewerbsfähige mitteldeutsche Industrielandschaft entstanden. Diese Industrie ist der Wachstumsmotor einer ganz überwiegend kleinteilig geprägten regionalen Wirtschaft.

Dabei ist den Menschen hierzulande die große Bedeutung der Industrie für Wohlstand und Beschäftigung bewusst, deshalb wünschen sich 89 Prozent der Bürger im IHK-Bezirk, bestehende Industrieunternehmen zu stärken und neue anzusiedeln.²

¹ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile

² „Mehr Industrie wagen“ – Studie der IHK Halle-Dessau zur Akzeptanz von Industrieunternehmen, Mai 2017

Die größten Herausforderungen im anstehenden Strukturwandel sind deshalb der adäquate Ersatz der wegfallenden qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze in den Braunkohleunternehmen durch Erweiterungen bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die langfristig sichere und bezahlbare Energieversorgung für Bürger und Wirtschaft, insbesondere für die im deutschlandweiten Vergleich besonders stromintensive Industrie in Mitteldeutschland.

Aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau sind dazu folgende Maßnahmen unerlässlich:

1

Jederzeit stabile Energieversorgung sichern

Mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohleverstromung werden dem Energiemarkt in erheblichem Umfang gesicherte Kraftwerksleistungen entzogen. Nach heutigem Stand zeichnet sich ab 2023 eine Lücke bei der gesicherten Stromversorgung ab. Parallel dazu wird infolge des geplanten weiteren Ausbaus der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien die Volatilität deutlich zunehmen. Für die im bundesweiten Vergleich besonders stromintensive Industrie im Mitteldeutschen Revier ist aber eine stabile Stromversorgung rund um die Uhr unverzichtbar, um deren Produktionsprozesse stabil ablaufen zu lassen. In ähnlicher Weise trifft das natürlich auf weitere Wirtschaftsbereiche und weite Teile des gesellschaftlichen Lebens wie etwa Krankenhäuser oder Kühlketten zu.

Die sich abzeichnende Lücke in der gesicherten Stromversorgung muss mit Hilfe eines ganzen Maßnahmenbündels geschlossen werden.

Dazu zählen zum Beispiel

- Weiterentwicklung von Methoden der Energiegewinnung und Umwandlung,
- neue grundlastfähige Gaskraftwerke, die sowohl Erdgas als auch „grünes Gas“ nutzen können; diese müssen schneller als heute möglich geplant, genehmigt und gebaut werden,
- wirtschaftliche und technisch effiziente Speicherlösungen, z. B. Power-to-X und Batterie-, Wärme- oder Kältespeicher,
- zügiger Ausbau der Stromnetze mit einem flexiblen Netzmanagement, um die schwankende Angebotsseite zu handhaben oder
- intelligente Vernetzung der Verbraucher.

In diesem Zusammenhang hält die IHK Halle-Dessau ein kontinuierliches Monitoring der Versorgungslage durch eine **Fachkommission** für erforderlich. Dabei sind aus den von der Strukturkommission empfohlenen Überprüfungen der Versorgungslage in den Jahren 2023, 2026 und 2029 die notwendigen Schritte zur Sicherung einer stabilen Energieversorgung abzuleiten.



„Deutsche Produkte sind aufgrund ihrer hohen Qualität weltweit gefragt. Sie werden hier unter höchsten Umwelt- und Energieeffizienzstandards produziert. Beim verarbeitenden Gewerbe im mitteldeutschen Revier handelt es sich vor allem um Vorleistungsgüterindustrie. Die Unternehmen liefern insbesondere chemische Produkte und metallische Halbzeuge.

Gerade diese Industriezweige sind trotz energieeffizienter Prozesse in hohem Maße stromintensiv. Sachsen-Anhalt liegt dabei deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Damit wir im internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen können, darf es keine nationalen Sonderwege in der Energiepolitik geben.

Fakt ist: Wer hier Wertschöpfung erhalten oder steigern möchte, muss eine preiswerte und stabile Energieversorgung für die Unternehmen sicherstellen.“

Dr. Christof Günther
Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH
IHK-Vizepräsident und Vorsitzender des Energiepolitischen Arbeitskreises

2

Bezahlbare Energiepreise sicherstellen

Die aus dem Ausstieg aus Kernkraft und Kohleverstromung resultierende Umstellung des Energiesystems in Deutschland wird ohne kompensierende Maßnahmen zu weiter steigenden Strompreisen führen. Deutschland hat allerdings bereits jetzt die höchsten Strompreise in Europa³ – sowohl für die Haushalte als auch für die Industrie. Grund dafür sind vor allem hohe Steuern, Abgaben und Umlagen. Vor allem für die im bundesweiten Vergleich besonders stromintensive Vorleistungsgüterindustrie im Süden Sachsens-Anhalts sind bezahlbare Strompreise am Standort, wie sie aktuell noch durch die Verstromung von Braunkohle ermöglicht werden, von existenzieller Bedeutung für deren internationale Wettbewerbsfähigkeit.

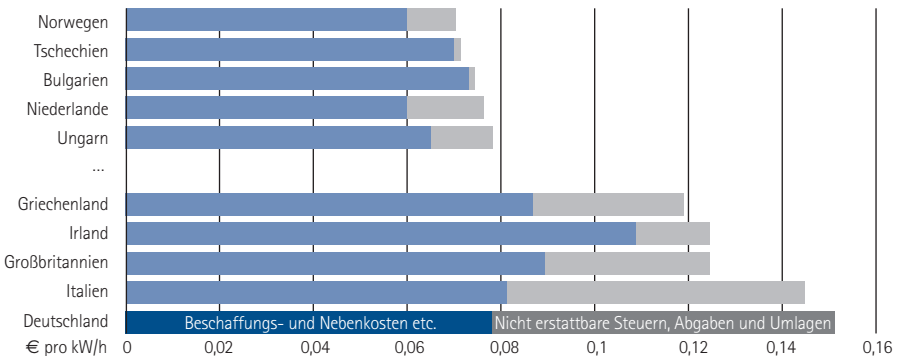
Für ein tatsächliches Gelingen des politisch induzierten Strukturwandels ist es deshalb besonders wichtig, den zu erwartenden Strompreisanstieg spürbar zu dämpfen, z. B. durch Absenkung der Netzentgelte oder der weit über dem EU-Mindestsatz liegenden Stromsteuer. Gleichzeitig müssen für stromintensive Unternehmen die sogenannte „Besondere Ausgleichsregelung“ sowie die Möglichkeiten zur indirekten Strompreiskompensation langfristig erhalten bleiben. Anderenfalls droht weiten Teilen der Industrie im Mitteldeutschen Revier der Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit – mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/PDF/?uri=CELEX:52019DC0001&from=EN>

EU-Ländervergleich Industriestrompreise im 2. Halbjahr 2017

inkl. Steuern und Abgaben bei einem Jahresverbrauch von rund 5000.000 bis 2 Mio. kWh

Quelle: Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“



3

Infrastrukturausbau beschleunigen

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist für die erfolgreiche Entwicklung ansässiger Unternehmen ein entscheidender Standortfaktor, genauso wie im deutschland- und weltweiten Wettbewerb um Neuansiedlungen. Trotz vieler erreichter Verbesserungen vor allem bei den Verkehrswegen gibt es nach wie vor einen großen Ausbaubedarf. Das betrifft Straßen und Schienenwege ebenso wie Glasfaser- und Mobilfunknetze und die Erschließung neuer Industriegebiete sowie die Ertüchtigung von Altstandorten. Mit den in Deutschland geltenden Regularien jedoch, die zu jahre- oder gar jahrzehntelangen Planungs- und Genehmigungs-

verfahren bei Infrastrukturprojekten führen, kann der Strukturwandel nicht gelingen.

Die Verfahren müssen deshalb deutlich beschleunigt und möglichst vereinfacht werden, zum Beispiel durch Reduzierung der Planungsstufen, bessere Koordinierung länderübergreifender Infrastrukturprojekte, mehr Personal in den Genehmigungsbehörden und eine Verkürzung des gerichtlichen Instanzenweges.

Infrastrukturprojekt A 143: Nach mehr als zehn Jahren Verzögerung wegen juristischer Auseinandersetzungen können nun endlich die Bagger rollen.

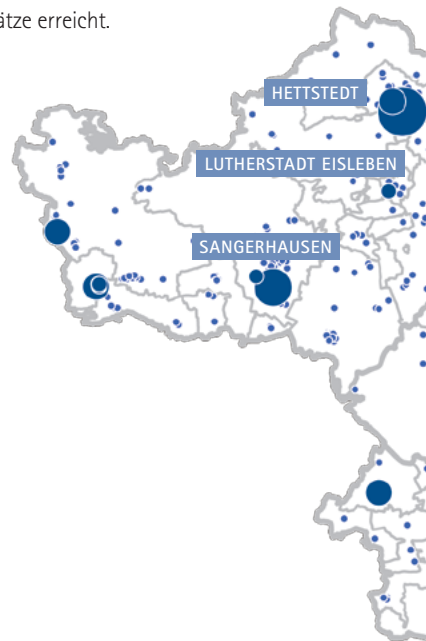


4

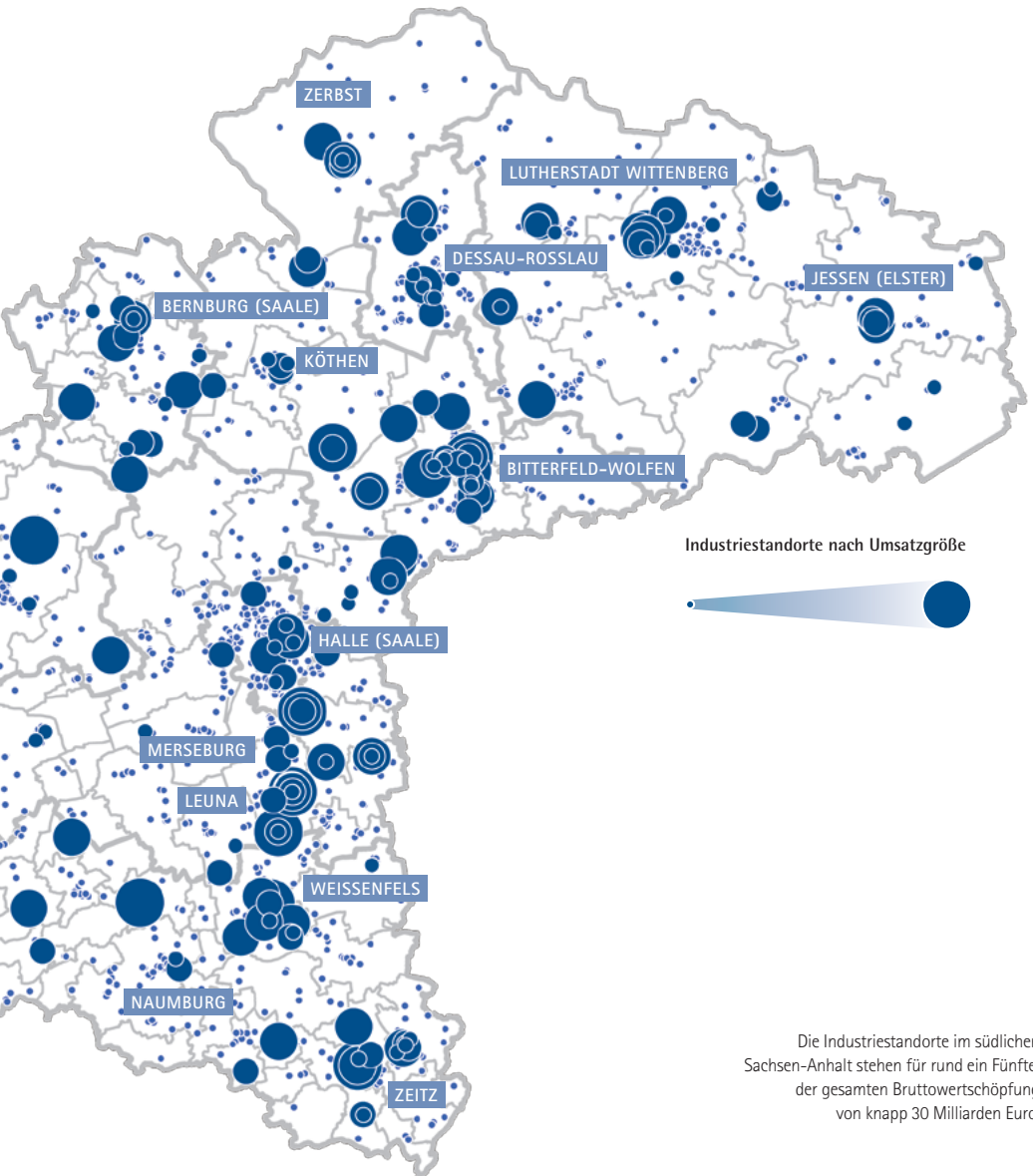
Klare Strukturen für nachhaltige Effekte im Mitteldeutschen Revier schaffen

Die Strukturkommission empfiehlt, den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren mit zusätzlichen Mitteln des Bundes in Höhe von 40 Milliarden Euro bis 2038 zu unterstützen, auf Sachsen-Anhalt soll einen Anteil von 12 Prozent dieser Mittel entfallen. Die sinnvolle Verwendung dieser Fördermittel erfordert Klarheit bezüglich der Strukturen und Verfahren, nach denen die Mittelvergabe erfolgt. Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass auch spätere, im Zuge des Strukturwandels erforderliche weitere Projekte gefördert werden können.

Die Förderung von Projekten sollte die Belange der betroffenen Kommunen und der regionalen Wirtschaft in besonderer Weise berücksichtigen. Entscheidend muss sein, dass so nachhaltig eine höhere Wertschöpfung im Mitteldeutschen Revier erreicht wird. Dies wird in erster Linie durch den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze erreicht.



Die Bundesregierung sagt einen Milliardenbetrag zu, um die Folgen des Kohleausstiegs abzufedern. Es braucht eine verlässliche Strategie, damit die zugesagten Fördergelder nicht versickern.



5

Regionalförderung modifizieren: Revierbonus einführen

Die bestehende Regionalförderung (GRW) sollte so angepasst werden, dass durch den Kohleausstieg zu erwartende negative Effekte auf die Kapitalbasis der Region möglichst gering gehalten oder ggf. abgefedert werden.

Dazu sind deutlich erhöhte Investitionszuschüsse für die Reviere im Sinne eines Revierbonus zu gewähren. Auch sind in den Revieren alle wertschöpfenden Investitionen in den Mittelpunkt der Förderung zu stellen – unabhängig von Branche, regionaler Ausrichtung und Unternehmensgröße. Das muss sowohl für Investitionen ansässiger Unternehmen wie auch für Neuansiedlungen gelten. Dabei ist auch die Sinnhaftigkeit des aktuellen Förderkriteriums der „besonderen Anstrengung“ vor allem für zukünftige Investitionsförderung in den Revieren konstruktiv-kritisch zu überdenken.



“ *Der Kohleausstieg bedeutet für unsere Wirtschaft eine große Herausforderung. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit unsere Region ein international wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und vor allem Industriestandort bleibt. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen, denn vorrangig in Unternehmen entstehen neue Arbeitsplätze.* ”

Dr. Jan Lukowczyk

Mitglied des Vorstands der Serumwerk Bernburg AG

Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Agrar- und Baugewerbe

6

Investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für die Industrie schaffen

Die Erweiterung bestehender und die Ansiedlung neuer Industriebetriebe wird im internationalen Standortwettbewerb insbesondere durch hohe Energie- und Arbeitskosten sowie hohe Steuern erschwert. Es sollte deshalb die Einführung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen z. B. in Form von revierspezifischen Sonderwirtschaftszonen z. B. mit Steuererleichterungen, verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten und Investitionszulagen geprüft werden, um weitere kohleausstiegsbedingte Standortnachteile auszugleichen.

Diese müssen in Art und Höhe geeignet sein, um richtungsweisende Standortentscheidungen zugunsten von Ansiedlungen in den Revieren beeinflussen zu können. EU-weite Beispiele dafür gibt es in Polen, Ungarn und Tschechien.

Blick auf den Chemiepark in Bitterfeld-Wolfen.



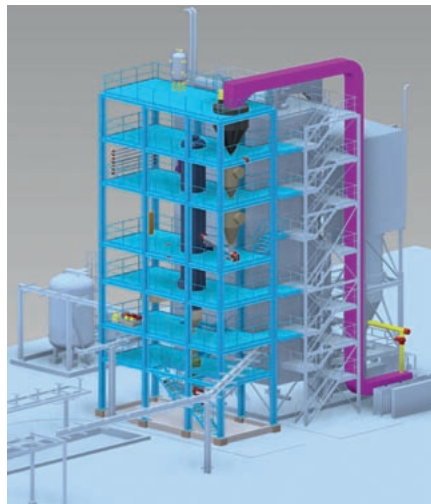
7

Rohstoffbasis für stoffliche Verwertung sichern

Die chemische Industrie ist auf eine sichere Versorgung mit Kohlenstoff als Rohstoff angewiesen. Projekte, die eine emissionsarme Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft unter Einbindung der einheimischen Braunkohle ermöglichen, sollten umfassend gefördert werden. Aktuelle Forschungsvorhaben zur Erzeugung von Synthesegasen aus Kunststoffabfällen und Kohle (Carbontrans⁴) können ein bedeutsamer Baustein zukunftsfähiger Konzepte sein. Der Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung darf nicht per se die Perspektiven der stofflichen Nutzung der Braunkohle beenden. Darüber hinaus sind neue Lösungen für die bis jetzt mit der Braunkohle verbundenen Prozesse vor allem in der Zement- und in der Gipsindustrie erforderlich. So werden heute mehr als die Hälfte der Gipsrohstoffe in Deutschland aus der Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwerken (REA-Gips) gewonnen.

Mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung wird die REA-Gipsproduktion schrittweise zum Erliegen kommen, deshalb ist die zusätzliche umweltverträgliche Gewinnung von Naturgips auch in neuen Tagebauen erforderlich.

⁴ <https://www.imws.fraunhofer.de/de/presse/pressemitteilungen/pilotanlage-carbontrans.html>



Mit der Pilotanlage CARBONTRANS soll die stoffliche Nutzung von Kohlenstoffträgern wie beispielsweise Plastikmüll ermöglicht werden.

8

Anwendungsorientierte FuE-Projekte in der Region fördern

FuE-Projekte sollten zu neuen, nachhaltigen Wertschöpfungsketten in der Region führen. Durch eine technologieoffene, unbürokratische Förderung sollten FuE-Projekte vor allem zur Verbesserung der Energieeffizienz, der Wasserstoffproduktion⁵ und der Nutzung nachwachsender Rohstoffe⁶ im Sinne einer stärker biobasierten Chemie unterstützt werden.

Wasserstoff kann in Hochdruckbehältern transportiert und gespeichert werden.

Dies gilt insbesondere für bundesweite und internationale FuE-Kooperationen. Durch eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung kann so die Akzeptanz neuer Technologien erhöht werden und mehr Jugendliche zu Ausbildung und Studium in technischen Bereichen motivieren.

Neben Einzelprojekten sollte in einem Modellprojekt beispielhaft eine komplexe Verkettung aller Akteure real umgesetzt werden („Energie-region Mitteldeutschland“).

⁵ <http://www.hypos-eastgermany.de>

⁶ <https://www.bioeconomy.de/>



9

Strukturwandel braucht Ingenieure

Der anstehende Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier kann ohne ausreichende ingenieurwissenschaftliche Kompetenzen nicht erfolgreich bewältigt werden – das jedenfalls ist die aktuelle Einschätzung von mehr als 60 Prozent der Industrieunternehmen im IHK-Bezirk⁷.

Der Bedarf an Ingenieuren ist dabei vielfältig. Dazu sollte auch im Sinne einer stärkeren institutionellen Zusammenarbeit stärker auf kooperative Studiengänge zwischen Universitäten und Hochschulen gesetzt werden. Neben Schwerpunkten wie Maschinenbau und Materialwissenschaften wird der energetische Bereich erheblich an Bedeutung gewinnen.

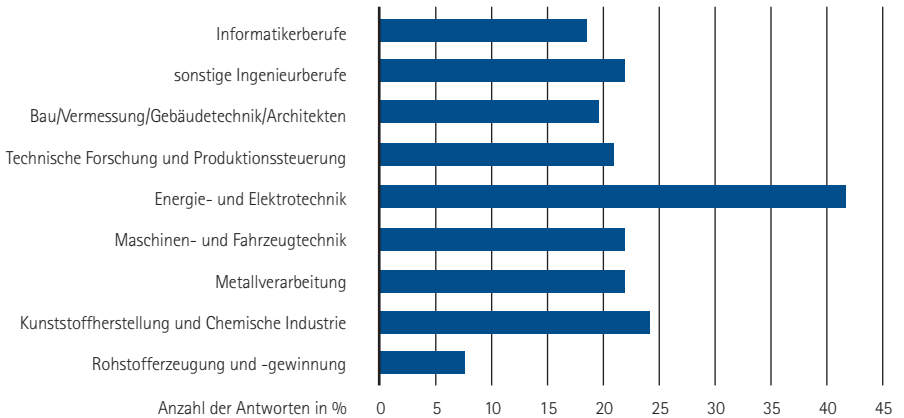
Durch ein neues **ingenieurtechnisches Zentrum** im Kernraum des Mitteldeutschen Reviers sollte die diesbezüglich einschlägige Kompetenz deutlich erhöht werden. Durch Konzentration der Forschung und Lehre auf Fragen der Erzeugung und des Verbrauchs sowie der Speicherung und Verteilung (inklusive Netzmanagement) von Energie und mit **internationaler Ausrichtung** würde ein solches Zentrum zu einem Alleinstellungsmerkmal für die Region.

Gleichzeitig könnten Absolventen an die Region gebunden werden und so helfen, den wachsenden Ingenieurbedarf in der regionalen Industrie zu decken.

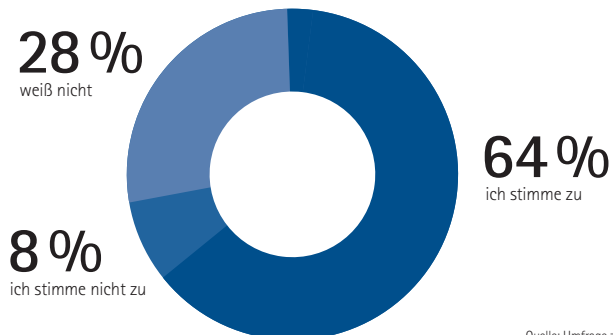
⁷ Umfrage zum Bedarf an Ingenieuren in der Industrie der IHK Halle-Dessau, Februar 2019

Das sagen die regionalen Industrieunternehmen:

Für welche Fachrichtung suchen Sie Ingenieure?



Stimmen Sie der These zu, dass der Strukturwandel (...) ohne ausreichende Ingenieurwissenschaftliche Kompetenz nicht erfolgreich wird bewältigt werden können?



Quelle: Umfrage zum Bedarf an Ingenieuren in der Industrie der IHK Halle-Dessau, Februar 2019

Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Franckestraße 5, 06110 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2126-0, Fax: 0345 2126-105
E-Mail: info@halle.ihk.de
Internet: www.halle.ihk.de

Redaktion

Markus Rettich (V.i.S.d.P.), Lisa Marschner

Gestaltung

Jo Schaller & Angela Schubert, Halle (Saale)

Druck

Schäfer Druck & Verlag GmbH

Abbildungen

Titelbild: TOTAL Raffinerie Mitteldeutschland GmbH,
Eric Drewitz (Seite 9), Hexagon (Seite 15), Bertram Kober,
PUNKTUM Leipzig (Seite 13), Uwe Köhn (Seite 2, 19),
Thomas Reinhardt (Seite 7, 12), TU Bergakademie Freiberg/
IEC (Seite 14)

Redaktionsschluss

Juni 2019



Die Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau (IHK) vertritt die Interessen von 55.000 Unternehmen im südlichen Sachsen-Anhalt.

Als unabhängiger Anwalt des Marktes und kritischer Partner der Politik ist sie die starke Stimme der regionalen Wirtschaft, über alle Branchen hinweg. Eigenverantwortlich nimmt die IHK vom Staat übertragene Aufgaben wahr und ist kompetenter, kundennaher und erfolgsorientierter Dienstleister für ihre Mitglieder, die heimische Unternehmerschaft.

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau

Franckestraße 5

06110 Halle (Saale)

Telefon: 0345 2126-0

Fax: 0345 2126-105

info@halle.ihk.de

www.halle.ihk.de